Protokoll-Nr. 14/2008 Viernheim, 14.03.2008

XVI / . Stv.Versammlung

PROTOKOLL

Zu der auf **Freitag**, den **14.03.2008,** um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Borgwardt, Petra
Ergler, Volker
Fraas, Hedwig
Frank, Elvira
Gross, Dieter
Gutperle, Jürgen
Haas, Hans-Dieter
Haas, Sigrid
Käser, Raimund
Kempf, Bastian
Kempf, Paul
Kempf, Wolfgang ***(Stv-Vorsteher)***
Niebler, Klaus
Maaß, Gerhard
Reinhardt, Randoald
Roth, Dominique
Sax, Walter
Schübeler, Norbert
Weiße, Tobias
Werle, Richard
Winkler, Christoph
Wolk, Günther

SPD-Fraktion

Baus, Michael
Dr. Cunskis, Sven
Dieter, Jenny
Forg, Klaudia
Häfele, Andreas
Häfele, Karl
Hofmann, Klaus
Hölscher, Reinhard
Karl, Bernd Rainer
Klingenstein, Thomas
Lambrecht, Christine
Mayer-Kotlenga, Nina
Neuß, Peter
Quarz, Klaus
Rihm, Dieter
Schmiddem, Jutta
Schmidt, Alfred
Theocharis, Dimitrios

Fraktion GRÜNE

Dr. Pfenning, Uwe
Winkenbach, Manfred

VIERNHEIMER LISTE

Abdul-Rahman, Cengiz

Entschuldigt fehlten die Stadtverordneten Dr. Jörn Ritterbusch und Horst Winkenbach.

- - - -

VOM MAGISTRAT:

Bürgermeister Matthias Baaß
Erster Stadtrat Martin Ringhof
Stadtrat Albert Haas
Ehrenstadträtin Dr. Dagmar Hinrichs
Stadtrat Helmut Kirchner
Stadträtin Renate Metzger

Entschuldigt fehlten Stadtrat Gerd Brinkmann, Stadträtin Jutta Einöder, Stadtrat Gerhard Grunert, Ehrenstadtrat Hansjörg Hoock, Ehrenstadtrat Heinz Rohrbacher, Stadtrat Bernhard Seitz und Stadtrat Walter Wohlfahrt.

ALS SCHRIFTFÜHRUNG:

Ewert, Andrea Hauptamt - **Protokoll**

VON DER VERWALTUNG:

Klein, Volker	stv. Amtsleiter Hauptamt
Rohrbacher, Stefanie	stv. Amtsleiterin Kämmereiamt
Haas, Jörg-Michael	Amtsleiter Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung
Strahl, Gerhard	stv. Amtsleiter Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamt
Kempf, Rainer	Betriebsleiter Eigenbetrieb Stadtbetrieb Viernheim (SVD)

VOM AUSLÄNDERBEIRAT:

Dr. Edusa-Eyison, Ebenezer Obo AB-Vorsitzender

VON DER PRESSE:

Südhessen-Morgen
Viernheimer Tageblatt

ZUHÖRER:

1

Φ Φ Φ Φ

Stv.-Vorsteher Wolfgang Kempf eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Er informierte das Gremium, dass für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Dirk Lammer der Stadtverordnete Horst Winkenbach nachgerückt sei. Stadtverordneter Winkenbach werde für Herrn Lammer auch stellvertretendes Mitglied im Bau- und Umweltausschuss sein.

Nach Übermittlung der Geburtstagsglückwünsche an die Stadtverordneten Dr. Uwe Pfenning und Klaus Quarz ging der Stadtverordnetenvorsteher zur Tagesordnung über.

Er verwies auf eine Tischvorlage als Ergänzung zu TOP 1 „Bebauungsplan Nr. 233 Gewerbegebiet Nord, 2. Änderung“ sowie auf einen Antrag der CDU-Fraktion zu TOP 6 „Beschlussfassung des Wirtschaftsplans 2008 für den Stadtbetrieb“ und einen Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zum CDU-Antrag (Top 10).

- - -

TAGESORDNUNG:

1. Bebauungsplan Nr. 233 „Gewerbegebiet Nord“, 2. Änderung
   (ehemalige Stadtgärtnerei)
   1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
   2. Beschluss der Änderung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 233 "Gewerbegebiet Nord“, 2. Änderung
   3. Beschluss der erneuten Beteiligung
2. Gesamtfortschreibung Flächennutzungsplan
   Aufstellungsbeschluss zum Flächennutzungsplan gem. § 2 Abs. 1 BauGB
3. Prüfung der Jahresrechnung 2006 durch das Revisionsamt des Kreises Bergstraße
4. Darlehen mit verkürzter Ansparzeit aus dem Hessischen Investitionsfonds Abteilung B für die Sanierung des Bürgerhauses
5. Prüfung des Jahresabschlusses 2007 – Bestellung eines Abschlussprüfers;
   hier: Vorbereitung von Beschlüssen für die Stadtverordneten-Versammlung durch die Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen
6. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2008;
   hier: Vorbereitung von Beschlüssen für die Stadtverordnetenversammlung durch die Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen;
7. Neufassung der Betriebssatzung für den Stadtbetrieb Viernheim 2008
   hier: Vorbereitung von Beschlüssen für die Stadtverordneten-Versammlung durch die Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen;
8. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Bannholzgraben";
   Anschlussfinanzierung
9. Fortschreibung des Beteiligungsberichts der Stadt Viernheim gemäß § 123a HGO
10. Antrag der CDU-Fraktion zur Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 14.03.2008
    hier: Radweg für den Abschnitt L3111 zwischen Viernheim und Kreisverkehrsplatz Hüttenfeld

- - -

1. Bebauungsplan Nr. 233 „Gewerbegebiet Nord“, 2. Änderung (ehemalige Stadtgärtnerei)
1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
2. Beschluss der Änderung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 233 "Gewerbegebiet Nord“, 2. Änderung
3. Beschluss der erneuten Beteiligung

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 20.02.2008

Den Bericht über die Beratungen des Bau- und Umweltausschusses am 04.03.08 erstattete dessen Vorsitzender Klaus Quarz:
Geringfügige Änderungen des Bebauungsplanentwurfes, die aufgrund von Stellungnahmen aus der Offenlage sowie unter Beteiligung der Behörden, aber auch aus Abstimmungen mit den zukünftigen Bauherren resultierten, machten eine erneute Beteiligung notwendig. Allerdings beschränke sich diese nur auf die Änderungen des Bebauungsplanes und würde der betroffenen Öffentlichkeit, den beteiligten Behörden sowie den Trägern öffentlicher Belange für zwei Wochen gewährt.

Nach kurzer Aussprache habe der Bau- und Umweltausschuss dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt.

Im Anschluss an den Ausschussbericht gab der Stadtverordnete die Stellungnahme der SPD-Fraktion ab:
Seine Fraktion begrüße die Modifizierung des Bebauungsplanes, bei der einerseits die Stellungnahme aus der Offenlage, aber vor allem auch die Wünsche der künftigen Bauherren ihren Niederschlag fänden; diese führten zum Gesamterfolg des Projektes. Die erneute, jedoch auf zwei Wochen beschränkte Beteiligung, werde dabei in Kauf genommen. Die SPD-Fraktion werde sich dem Beschlussvorschlag anschließen.

Beschluss:

1. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt den Abwägungsvorschlägen über die eingegangenen Stellungnahmen aus der Offenlage und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu (Anlage 1).
2. Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt die Änderung des Entwurfes zum Bebauungsplan 233 "Gewerbegebiet Nord“, 2. Änderung in der vorliegenden Form (Anlage 2). Die Begründung (Anlage 3) wird gebilligt.
3. Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt die erneute Beteiligung. Im Rahmen einer erneuten Beteiligung soll gem. § 4a Abs. 3 BauGB nur der betroffenen Öffentlichkeit und den berührten Behörden sowie sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme hinsichtlich der Änderungen des Bebauungsplanes gegeben werden. Die erneute Beteiligung soll gem. § 4a Abs. 3 BauGB in verkürzter Form (zwei Wochen) durchgeführt werden.
4. Der Beschluss der erneuten Beteiligung ist gem. § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: einstimmig
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 43 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung

2. Gesamtfortschreibung Flächennutzungsplan Aufstellungsbeschluss zum Flächennutzungsplan gem. § 2 Abs. 1 BauGB

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 19.02.2008

Aus dem Bau- und Umweltausschuss berichtete der Ausschussvorsitzende Klaus Quarz:

Der Ausschuss habe sich in seiner Sitzung am 04.03.08 mit dieser Angelegenheit befasst. Die Aufstellung einer Gesamtfortschreibung eines inzwischen dreißig Jahre alten Flächennutzungsplanes sei auch von den Mitgliedern des Bauausschusses als dringend notwendig erachtet worden, nicht zuletzt wegen der Zielsetzung, ein tragfähiges und nachhaltiges Konzept für Viernheim zu erstellen. Fragen seitens der Ausschussmitglieder seien von der Verwaltung eingehend erläutert worden, der Ausschuss stimme dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Quarz fügte anschließend die Stellungnahme der SPD-Fraktion hinzu:

Die Anpassung eines inzwischen in die Jahre gekommen Flächennutzungsplanes werde seitens der SPD-Fraktion als unumgänglich angesehen, unter anderem auch wegen der zuvor bereits erwähnten Zielsetzung. Die Verwaltungsvorlage liefere eine umfangreiche Begründung für die beantragte Gesamtfortschreibung. Die SPD-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Im Anschluss trat CDU-Fraktionsvorsitzender Volker Ergler an das Rednerpult: Auch die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu. Es sei sehr wichtig, dass im Rahmen der Anpassung verschiedene Aspekte aus den Bereichen Umwelt und Energie, insbesondere das Teilthema „Windenergie“, hinzugekommen seien.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung einer Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes.

Der räumliche Geltungsbereich umfasst das gesamte Gemarkungsgebiet der Stadt Viernheim. Er ist im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage) dargestellt.

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans notwendigen Arbeiten durchzuführen.

Abstimmung: einstimmig
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 43 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung

3. Prüfung der Jahresrechnung 2006 durch das Revisionsamt des Kreises Bergstraße

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 12.02.2008

Der Ausschussvorsitzende Jürgen Gutperle berichtete über die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss am 06.03.08.

Der Haupt- und Finanzausschuss habe dem Beschlussvorschlag ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung erteilt dem Magistrat für das Haushaltsjahr 2006 Entlastung.

Abstimmung: einstimmig
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 43 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereiamt

4. Darlehen mit verkürzter Ansparzeit aus dem Hessischen Investitionsfonds Abteilung B für die Sanierung des Bürgerhauses

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 25.02.2008

Stv. Jürgen Gutperle berichtete aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.03.08, dass sich der Ausschuss ohne Aussprache einstimmig dem Beschlussvorschlag angeschlossen habe.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt

1. dem Abschluss des Anspar- und Darlehensvertrages für ein Darlehen mit verkürzter Ansparzeit aus dem Hessischen Investitionsfonds Abteilung B in Höhe von 400.000 € für die Sanierung des Bürgerhauses sowie
2. der Bereitstellung der Ansparraten für 2008 in Höhe von insgesamt 20.000 € zu.

Abstimmung: einstimmig
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 43 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereiamt

5. Prüfung des Jahresabschlusses 2007 – Bestellung eines Abschlussprüfers; hier: Vorbereitung von Beschlüssen für die Stadtverordneten-Versammlung durch die Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetrieb vom 03.01.2008

Es erfolgte keine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 13 der Betriebssatzung des Stadtbetriebes Viernheim i.V.m. § 7 Abs. 3 Nr. 7 des Eigenbetriebsgesetzes, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Moore Stephens Treuhand AG, Mannheim, mit der Prüfung des Jahresabschlusses des SVD zum 31.12.2007 unter folgenden Bedingungen (Angebot) zu bestellen:

Honorar-Festpreis	€ 10.000,00	
+ Nebenkosten/Auslagen	€ 200,00	€ 10.200,00

zuzüglich 19% USt./ **Endsumme -brutto-** = **€ 12.138,00**

Abstimmung: einstimmig
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 43 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen

6. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2008; hier: Vorbereitung von Beschlüssen für die Stadtverordnetenversammlung durch die Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen;

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetriebs vom 14.03.2008

1. Stadtrat Martin Ringhof nahm Wirtschaftsplan 2008 Stellung:

Sondereffekte, die im Zusammenhang mit der beschlossenen Zusammenlegung von Betriebsstellen-Umbau und Modernisierungsmaßnahmen standen, hätten den Wirtschaftsplan in den vergangenen Jahren wesentlich mitgeprägt. Dies schlage sich noch ein wenig im Wirtschaftsplan 2008 nieder. Insgesamt könne man jedoch sagen, dass der Wirtschaftsplan 2008 nun von einem Übergang zum Normalbetrieb gekennzeichnet sei.

Die Zahlen des in der Betriebskommission bereits diskutierten Jahresabschlusses 2007 unterstrichen, dass die Neuorganisation des Stadtbetriebs auch betriebswirtschaftlich erfolgreich ist.

Auf Seite der Personalkosten schließe der Stadtbetrieb mit 1,65 Mio. ab, somit werde der Ansatz im Wirtschaftsplan 2007 nochmals um 100.000,00 € unterschritten. Insofern sei es auch angemessen und sachlich richtig, den Personalkostenansatz für das Wirtschaftsjahr 2008 um 46.000,00 € zurückzunehmen.

Dies sei umso bemerkenswerter, als man im Bereich der Erlöse ebenfalls eine Steigerung der Produktivität erkennen könne. Kosteneinsparungen bei den Personalkosten, gleichzeitig eine Erhöhung der Produktivität im Betrieb, genau dies seien die Effekte, die eine effiziente Organisation der Ablaufstrukturen und verbesserte Möglichkeit des Arbeitseinsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbringen sollte.

Schon heute lasse sich aus seiner Sicht das Resümee ziehen, dass die Neuorganisation des Stadtbetriebs eine im Sinne der finanziellen Nachhaltigkeit der Stadt unbedingt notwendige und sinnvolle Maßnahme war. Dies schließe nicht aus, dass weitere Verbesserungen anzustreben und auch durchaus möglich seien.

Wichtige Hinweise für weitere Verbesserungen gebe die im vergangenen Jahr durchgeführte Mitarbeiterbefragung, deren Ergebnisse in der nächsten Sitzung der Betriebskommission diskutiert und dann umgesetzt würden.

Bemerkenswert sei seines Erachtens auch, dass hier eine Investition vorgenommen wurde, die sich wirtschaftlich in sich selbst trage. In diesem Jahr werde man auf der Einnahmeseite noch den „Verkauf des Geländes Stadtgärtnerei“ verbuchen können, der bereits in die Wege geleitet sei.

Der Stadtbetrieb habe als alleiniger Dienstleister für die Stadtverwaltung eine erhebliche Grundlast zu bewältigen, erläuterte der 1. Stadtrat. Dazu gehörten im weitesten Sinne Verkehrssicherungsmaßnahmen, auch der Bereich Sicherheit auf den Spielplätzen, die im Hinblick auf die eigene persönliche Verantwortung der jeweiligen zuständigen Mitarbeiter höchste Priorität genössen. Darüber hinaus sei der Stadtbetrieb das Rückgrat für die zahlreichen Veranstaltungen, die in Eigenregie der Stadt durch-

geführt oder von Vereinen getragen werden. Dass an diesem Service des Stadtbetriebs bei sinkenden Personalkosten keinerlei Abstriche gemacht würden, gehe auch darauf zurück, dass Mehrbelastungen, die beispielsweise auch im Grünbereich oder durch den Winterdienst bedingt seien, durch flexiblen Personaleinsatz aufgefangen werden könnten.

Der im Wirtschaftsplan 2008 ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 657.000,00 € gehe zum größten Teil zu Lasten der beiden städtischen Friedhöfe. Auch die örtliche Bestattungskultur sei einem bemerkenswerten Wandel unterworfen. Gesellschaftlicher Werdewandel aber auch wirtschaftliche Zwänge führten zu einem stetig steigenden Anteil an Urnenbestattungen. Dass diese wohl Einfluss auf den prognostizierten Grabflächenbedarf als auch auf die Erlössituation des Stadtbetriebs habe, läge auf der Hand. Die derzeit geltenden Friedhofsgebühren seien auf der Basis von durchschnittlich 300 Bestattungen im Jahr gerechnet. Aufgrund der im vergangenen Jahr bereits vorgenommen Kostensenkungen gehe er derzeit davon aus, dass im kommenden Jahr eine Erhöhung der Friedhofsgebühren nicht erforderlich sei. Selbstverständlich müsse auch nach wie vor zeihnah nachkalkuliert werden.

1. Stadtrat Martin Ringhof schloss seinen Redebeitrag mit einem besonderen Dank an die Betriebsleitung des Stadtbetriebs sowie dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und an die Betriebskommission für die gute Zusammenarbeit.

Für die CDU-Fraktion eröffnete der Stadtverordnete Klaus Niebler die Aussprache des Plenums. Den Wirtschaftsplan 2008 stelle er unter das Motto „Stadtbetrieb verantwortungsvoll gestalten“. Mit dem Stadtbetrieb sei eine Verantwortung verbunden und zwar für eine saubere und funktionierende Stadt, für anständige Kinderspielplätze, für ein schönes Viernheim und für pietätvolle Beerdigungen und nicht zuletzt gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Dienste des Stadtbetriebs und zum Wohle der Stadt ihre Arbeit verrichteten.

Der CDU-Fraktion sei es sehr wichtig, nicht nur im Wirtschaftsplan des Stadtbetriebes, sondern auch im Ergebnis der Jahresrechnung den Fehlbetrag so klein wie möglich zu halten. Positiv bewertete Niebler die Senkung des Fehlbetrages gegenüber 2007 sowie die die Umsatzerlöse in Höhe von 66.000,00 € beim städtischen Betriebshof. Auch könne mit dem Verkauf des Geländes der ehemaligen Stadtgärtnerei das Darlehen aus dem Jahr 2005 getilgt werden.

Hinsichtlich der Personalkostensenkung merkte Niebler an, dass im Wirtschaftsplan eine Personalkostenerhöhung von 1 % eingerechnet sei, hier bleibe abzuwarten, welche Erhöhung die Lohnverhandlungen nun ergäben.

Hinsichtlich des vom Subunternehmer Martin Pfenning und Söhne betriebenen Blowpatchers sei die Betriebskommission von einer positiven Zusammenarbeit überzeugt.

Aus dem Vorwort der Unternehmensberater Theymann und Hofmann aus dem Ergebnis der Mitarbeiterbefragung zitierte der Stadtverordnete, dass diese als Externe ein positives Bild vom Stadtbetrieb gewonnen hätten. Auch wenn hier und da noch Verbesserungsbedarf bestehe, hätte der Stadtbetrieb bereits viele Schwierigkeiten bewältigt.

Niebler dankte allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Einen ganz besonderen Dank richtete er an den Dezernenten Martin Ringhof, an den Betriebsleiter Rainer Kempf sowie an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtbetriebes.

Der Stadtbetrieb sei auf einem guten Weg, das Begonnene solle für das Wohl der Stadt Viernheim fortgeführt werden. Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Im Anschluss nahm der Stadtverordnete die Begründung des Antrags seiner Fraktion vor, der da lautete:

> *„Die in der Friedhofsverordnung der Stadt Viernheim in der Fassung vom 07.12.2001 festgelegte Einschränkung der Nutzung von Wahl- und Elterngräbern auf dem Friedhof Lorscher Straße (Stichtagsregelung in § 17 Abs. 6) soll aufgehoben werden.*
>
> *Die Friedhofsverwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Beschlussvorschlag der Betriebskommission vorzulegen.“*

Die Stichtagsregelung besage, dass bei Familien- oder Elterngräbern, bei denen an einer Grabstelle die Ruhefrist nach dem 31.12.2001 ausläuft, nicht mehr belegt werden kann. Das führe dazu, dass Bürger bei einem Todesfall in der Familie ein Grab kaufen müssten, obwohl bereits ein freies Grab vorhanden sei.

Bei den Kosten für eine Grabausstattung sei es den Bürgern nicht zuzumuten, auf beiden Friedhöfen ein Grab einzurichten und zu unterhalten.

Die CDU-Fraktion halte es deshalb für erforderlich, die Stichtagsregelung bei den Wahlgräbern aufzuheben und eine uneingeschränkte Nutzung zu ermöglichen.

Bevor Stadtverordneter Hölscher anschließend die Stellungnahme seiner Fraktion abgab, merkte er an, dass der CDU-Antrag seiner Meinung nach zunächst in der Betriebskommission hätte beraten werden müssen. Sodann ging er zum Wirtschaftsplan über:

Die Wirtschaftspläne der vergangenen Jahre seien alle geprägt von der Zusammenführung einzelner Betriebsteile auf dem neuen SAG-Gelände. Diese Neuorganisation habe man in 2007 weitgehend abschließen können. Hierzu dankte er allen Beteiligten herzlich.

Hölscher hob besonders das angenehme Arbeitsumfeld mit modernen Wer- und Sozialräumen hervor, dass mit der Neuorganisation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen worden sei. Auch das Außengelände sei sowohl funktional zweckmäßig wie auch optisch reizvoll gestaltet.

Mit dem Wirtschaftsplan 2008 müsse die Finanzierung dieser Maßnahme nun noch zu Ende geführt werden. Dies erfolge durch den Verkauf des alten Gärtnereigeländes, auf dem die CDU-Fraktion gerne den Friedhof Lorscher Straße erweitert hätte. Dies bedeute, dass ohne den Waldfriedhof auch kein neuer Betriebshof möglich gewesen wäre, oder man hätte zumindest nach einer anderen Finanzierung suchen müssen, so Hölscher. Nach Vorlage der Friedhofsflächenbedarfsberechnung im November 2007 benötige die Stadt eine Friedhofsfläche von 10,6 ha. Diese Fläche sei an der Lorscher Straße nie vorhanden gewesen, somit sei ein neuer Friedhof unausweichlich gewesen.

Der Wirtschaftsplan weise für das laufende Jahr ein um 66.000,00 € geringeres Defizit gegenüber dem Vorjahr auf, dies sei eine Entwicklung in die richtige Richtung.

Trotz gleichbleibender Stundensätze hätten sich die Personalkosten um 48.000,00 € reduziert.

Da sich die Zahlen des Wirtschaftsplanes 2008 leicht gegenüber dem Vorjahr verbessert hätten, stimme seine Fraktion dem Wirtschaftsplan zu.

Im Anschluss begründete der CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Ergler, warum der Antrag seiner Fraktion in diesem Plenum und nicht zuerst in der Betriebskommission beraten werden sollte. Der CDU-Fraktion sei es wichtig, dass sich alle vertretenen Parteien mit der Thematik beschäftigten und auch die Möglichkeit hätten, bei der Vorbereitung eines Beschlusses teilzuhaben. Diese Beteiligung sei in der Betriebskommission nicht gegeben.

Von daher stelle seine Fraktion heute den Antrag, dass die Verwaltung den Sachverhalt prüfe und das Ergebnis der Betriebskommission vorlege. Die finale Entscheidung läge dann bei der Stadtverordneten-Versammlung.

Die SPD-Fraktion bat um eine kurze Sitzungsunterbrechung.

🕖 🕖 🕖

19:35 Uhr bis 19:40 Uhr: Pause

🕖 🕖 🕖

Nach fünfminütiger Sitzungsunterbrechung ergriff der Stadtverordnete Hölscher erneut das Wort. Wenn man sich darauf verständigen könnte, den ersten Satz des CDU-Antrages dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung beauftragt werde zu prüfen, ob die Stichtagsregelung aufgehoben werden könne, würde sich seine Fraktion dem Antrag anschließen.

Beschluss:

Somit wurde zunächst über den geänderten CDU-Antrag abgestimmt, der nun lautet wie folgt:

> *„Die Friedhofsverwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob die in der Friedhofsverordnung der Stadt Viernheim in der Fassung vom 07.12.2001 festgelegte Einschränkung der Nutzung von Wahl- und Elterngräbern auf dem Friedhof Lorscher Straße (Stichtagsregelung in § 17 Abs. 6) aufgehoben werden kann.*
>
> *Die Friedhofsverwaltung wird beauftragt, dann der Betriebskommission einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorzulegen.“*

Abstimmung: einstimmig
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 43 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen

Anschließend erfolgte die Abstimmung über den Wirtschaftsplan 2008:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung des Stadtbetriebes Viernheim den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008 des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen in der Fassung vom 19.12.2007.

Der nachfolgende Feststellungsvermerk ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Feststellungsvermerk für den Wirtschaftsplan 2008 des Stadtbetriebes Viernheim

Aufgrund der §§ 121, 127 und 127 a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und § 5 des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes (EBG) in den jeweils gültigen Fassungen hat die Stadtverordneten-Versammlung am 08.02.2008 für das Wirtschaftsjahr 2008 folgendes festgestellt:

§ 1 Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2008 wird

		EURO
1. im Erfolgsplan	in den Erträgen auf	€ 2.681.350,00
	in den Aufwendungen auf	€ 3.339.067,00
	ergibt einen Jahresfehlbetrag von	€ 657.717,00
2. im Vermögensplan	in den Einnahmen auf	€ 2.764.577,00
	in den Ausgaben auf	€ 2.764.577,00

festgesetzt.

§ 2 Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2008 zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögensplans erforderlich ist, wird auf € 0,00 festgestellt.

§ 3 Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen für das Wirtschaftsjahr 2008 wird mit € 0,00 festgestellt.

§ 4 Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf € 500.000,00 festgesetzt.

§ 5 Es gilt die von der Stadtverordneten-versammlung am 08.02.2008 beschlossene Stellenübersicht.

Viernheim, den _____

Der Magistrat der Stadt Viernheim

Ringhof, 1. Stadtrat

Abstimmung: 40 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 43 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen

7. Neufassung der Betriebssatzung für den Stadtbetrieb Viernheim 2008 hier: Vorbereitung von Beschlüssen für die Stadtverordneten-Versammlung durch die Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen;

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetrieb vom 19.02.2008

Der Beschlussvorschlag wurde ohne Aussprache zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt den Entwurf der vorliegenden Betriebssatzung für den Stadtbetrieb Viernheim in der Neufassung 2008 (Anlage 2 zur Beschlussvorlage) als Satzung.

Abstimmung: 40 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 43 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen

8. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Bannholzgraben"; Anschlussfinanzierung

Bezug: Vorlage des Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamtes vom 21.12.2007

Die Stadtverordneten-Versammlung nahm den Sachverhalt zur Kenntnis.

Auszug: Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamt

mäß § 123a HGO

Bezug: Vorlage des Bürgermeisters vom 24.01.2008

Den Bericht aus dem Haupt- und Finanzausschuss erstattete dessen Vorsitzender Jürgen Gutperle. Der Ausschuss habe sich am 06.03.08 mit der Fortschreibung des Beteiligungsberichts befasst und der Stadtverordneten-Versammlung einstimmig die Zustimmung empfohlen.

Beschluss:

1. Die Stv.-Versammlung nimmt den Beteiligungsbericht zur Kenntnis.
2. Sie beschließt, dass durch öffentliche Bekanntmachung auf die Möglichkeit der Einsichtnahme im Hauptamt für einen Zeitraum von 4 Wochen ab Bekanntmachung hinzuweisen ist .
3. Der Bericht soll auch auf der Homepage der Stadt Viernheim veröffentlicht werden.

Abstimmung: einstimmig
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 43 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Bürgermeister
Hauptamt

10. Antrag der CDU-Fraktion zur Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 14.03.2008

hier: Radweg für den Abschnitt L3111 zwischen Viernheim und Kreisverkehrsplatz Hüttenfeld

Bezug: Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2008

folgender Antrag der SPD-Fraktion vor:

> *„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*
>
> *Die Verwaltung wird zudem beauftragt, Gespräche zur Herstellung einer Direktverbindung durch den Wald nach Lampertheim (Alter Lampertheimer Weg, ehemalige Panzerstraße, Forsthaus Heide) zu führen.*
>
> *Außerdem sollen Informationen zur Radverkehrsnutzung vorgelegt bzw. eingeholt werden, auch hinsichtlich der noch nicht genutzten Potenziale beim Radverkehr.“*

Zunächst nahm die CDU-Stadtverordnete Dominique Roth die Begründung des Antrags ihrer Fraktion vor:

Die Verkehrssituation entlang der L 3111 sei für Fahrradfahrer sehr problematisch, da ihnen neben der sehr stark befahrenen Straße lediglich ein Randstreifen zur Verfügung stehe. Geschwindigkeiten der Pkw- und Lkw-Fahrer von bis zu 100 km/h führten zu Sogwirkungen, die die Fahrradfahrer im schlimmsten Fall zum Stürzen bringen könnten. Verschärft werde die Situation auch dadurch, dass die Betonrandstreifen für Überholmanöver seitens der Autofahrer benutzt würden.

Diese Thematik gewinne nun aufgrund der bevorstehenden Sanierung der L 3111 wieder an Aktualität. Im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen sei jedoch auch weiterhin kein separater Fahrradweg vorgesehen, sondern ein 1,2 m breiter Randstreifen, der mit einer profilierten Markierung von der Hauptstraße abgetrennt sei. Beim Befahren der Profilierung signalisiere ein akustisches Signal dem Autofahrer, dass er sein Fahrzeug wieder in Richtung Fahrbahnmitte lenken müsse.

Dies sei lediglich das geringste Maß an Sicherheit, dass man dem Fahrradfahrer bieten könne, was nach Ansicht der CDU-Fraktion nicht ausreiche. Vielmehr müsse die Sanierung der Landstraße dazu genutzt werden, einen separaten Fahrradweg anzulegen, der den Fahrradfahrern einerseits mehr Sicherheit bietet, andererseits die Attraktivität der Strecke für Fahrradfahrer steigert.

Deshalb beantrage die CDU-Fraktion im Sinne der Verkehrssicherheit, dass das Hessische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr auf, einen separaten Fahrradweg für den Abschnitt der L 3111 zwischen Viernheim und Kreisverkehr Hüttenfeld in die Planungen mit einzubeziehen. Die CDU-Fraktion stimme zudem dem Antrag der SPD-Fraktion als Ergänzungsantrag zum eigenen Antrag zu.

Den Ausführungen seiner Vorrednerin habe er nicht viel hinzuzufügen, so Stadtverordneter Bernd Karl im Anschluss.

Als eine der Hauptverkehrsadern im südhessischen Ried sei das Teilstück der L 3111 zwischen Viernheim und Hüttenfeld für Viernheim von großer Bedeutung, weil es die Wege nach Lampertheim, Lorsch und Heppenheim eröffne. Die bevorstehende Sanierung der Fahrbahn sei begrüßenswert, jedoch kritisiere auch seine Fraktion, dass der „Fahrradweg“ in der bisherigen Form beibehalten werden soll.

Die SPD-Fraktion unterstütze den CDU-Antrag hinsichtlich der Anlegung eines separaten Fahrradweges und beantrage ergänzend hierzu, dass die Schaffung einer zusätzlichen Radwegverbindung von Viernheim nach Lampertheim durch den Wald ge-

prüft werde, auch wenn frühere Versuche in diese Richtung am Widerstand der Forstverwaltung gescheitert seien. Da es sich sowohl für Berufspendler als auch für Freizeitsportler um eine weitaus attraktivere Verbindung nach Lampertheim handeln würde, als die Strecke entlang der L 3111, müsse ein weiterer Versuch bei der Forstverwaltung gestartet werden. Optimal sei sicherlich eine asphaltierte Wegeführung durch den Wald, jedoch gäbe es auch jetzt schon gut befestigte, wasserdurchlässige Wege, die aufgrund ihres festen Untergrunds eine gute Nutzung durch Radfahrer ermöglichten. Zumindest eine solche Alternative sollte entwickelt werden.

Es sei nicht einzusehen, dass das Land Hessen in die Fahrbahnerneuerung investiere, ohne dass dies eine bedarfsgerechte Berücksichtigung des Radverkehrs finden würde.

Für die Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ sprach der Stadtverordnete Manfred Winkenbach:

Er bekräftigte die Aussagen seiner beiden Vorredner und betonte, dass auch seine Fraktion eine entsprechende Baumaßnahme in diesem Bereich für besonders dringlich erachte.

Da die Grünen bereits vor Jahren entsprechende Forderungen nach der Verknüpfung regionaler Radwege gestellt hätten, sei es umso erfreulicher, dass nun die Realisierung einer weiteren Teilstrecke zu gelingen scheine.

Diese Bestrebungen sollten jedoch auch im innerstädtischen Bereich Viernheims Fortsetzung finden. Auch hier gäbe es seitens der Grünen Forderungen nach einer Optimierung des Radwegenetzes bzw. einer Vernetzung des örtlichen und regionalen Radwegeweisersystems. Die bislang aufgestellte Radwegebeschilderung halte er für etwas dürftig.

Dem SPD-Antrag, die Möglichkeit eines weiteren Radweges durch den Wald zu prüfen, stimme seine Fraktion zu, so Winkenbach abschließend.

Anschließend nahm 1. Stadtrat Martin Ringhof zu den Ausführungen des Stadtverordneten Winkenbach Stellung. In Bezug auf das innerörtliche Radwegesystem entgegnete Ringhof, dass nun nach vielen Jahren das Fahrradwegproblem „Mannheimer Straße“ gelöst worden sei. Zudem habe man an der Querung L 3111/ Kreisverkehrsplatz Robert-Bosch-Straße eine deutliche Verbesserung für Radfahrer und Fußgänger erzielen können.

Was die innerörtliche Beschilderung betreffe, so habe man sich auf das notwendige Maß begrenzt, um eine gewisse Übersichtlichkeit zu wahren. Die Anbringung der überregionalen Beschilderung erfolge hingegen nach einem Ablaufplan und werde derzeit sukzessiv vom Stadtbetrieb vorgenommen. Trotz momentaner Lieferschwierigkeiten in Bezug auf die Halterungen der Schilder, gehe er davon aus, dass die Maßnahme bis Mai abgeschlossen sei.

Beschluss:

Zunächst wurde über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt:

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche zur Herstellung einer Direktverbindung durch den Wald nach Lampertheim (Alter Lampertheimer Weg, ehemalige Panzerstraße, Forsthaus Heide) zu führen.

Außerdem sollen Informationen zur Radverkehrsnutzung vorgelegt bzw. eingeholt werden, auch hinsichtlich der noch nicht genutzten Potenziale beim Radverkehr.“

Abstimmung: einstimmig

Anschließend erfolgte die Abstimmung über den CDU-Antrag:

Die Stadtverordneten-Versammlung fordert das Hessische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr auf, für den Abschnitt der L3111 zwischen Viernheim und Kreisverkehrsplatz Hüttenfeld einen separaten Radweg vorzusehen. Der Bau eines separaten Radwegs soll in die für dieses Jahr vorgesehene Sanierung des o.g. Streckenabschnitts integriert werden. Dem ASV Bensheim als durchführende Behörde ist ein entsprechender Planungsauftrag zu erteilen.

Abstimmung: einstimmig

Auszug: Bürgermeister
1. Stadtrat
Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung

ENDE DER SITZUNG: **19:55 Uhr**

DER STV.-VORSTEHER:	**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**
gez.: K e m p f	gez.: E w e r t
(Wolfgang Kempf)	**(Andrea Ewert)**

F.d.R.d.A.

(Amtfrau)

Stv.-Versammlung vom 14.03.2008 / Protokoll-Nr. 14/2008

INHALTSVERZEICHNIS

1. Bebauungsplan Nr. 233 „Gewerbegebiet Nord“, 2. Änderung
   (ehemalige Stadtgärtnerei)
   1. Beschluss über den Abwägungsvorschlag
   2. Beschluss der Änderung des Entwurfes zum Bebauungsplan Nr. 233
      "Gewerbegebiet Nord“, 2. Änderung
   3. Beschluss der erneuten Beteiligung
2. Gesamtfortschreibung Flächennutzungsplan
   Aufstellungsbeschluss zum Flächennutzungsplan gem. § 2 Abs. 1 BauGB
3. Prüfung der Jahresrechnung 2006 durch das Revisionsamt des Kreises Bergstraße
4. Darlehen mit verkürzter Ansparzeit aus dem Hessischen Investitionsfonds Abteilung B für die Sanierung des Bürgerhauses
5. Prüfung des Jahresabschlusses 2007 – Bestellung eines Abschlussprüfers;
   hier: Vorbereitung von Beschlüssen für die Stadtverordneten-Versammlung durch die Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen
6. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2008;
   hier: Vorbereitung von Beschlüssen für die Stadtverordnetenversammlung durch die Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen;
7. Neufassung der Betriebssatzung für den Stadtbetrieb Viernheim 2008
   hier: Vorbereitung von Beschlüssen für die Stadtverordneten-Versammlung durch die Betriebskommission des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen;
8. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Bannholzgraben";
   Anschlussfinanzierung
9. Fortschreibung des Beteiligungsberichts der Stadt Viernheim gemäß § 123a HGO
10. Antrag der CDU-Fraktion zur Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 14.03.2008
    hier: Radweg für den Abschnitt L3111 zwischen Viernheim und Kreisverkehrsplatz Hüttenfeld